

# Vorläufiger Auszug

## aus der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses vom 21.09.2016

### **17. Änderung der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt vom 07.06.2012**

**- Beschlüsse der Ratsversammlung vom 26.04.2016 (Vorlagen  
0270/2013/An und 0275/2013/An)**

**Vorlage: 0803/2013/DS**

#### **Beschluss:**

Der Vorlage in ergänzter Form wird mit 7 Ja – Stimmen, keiner Nein – Stimme und 1 Enthaltung zugestimmt.

#### **Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

#### **Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 7  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

Herr Hahn ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Frau Krebs das Wort. Diese schlägt vor, die Straßenbaubeitragssatzung zunächst in den Stadtteilbeiräten vorzustellen. Hierzu erfolgt eine Diskussion. Herr Schröder und Herr Kluckhuhn sehen keine Notwendigkeit, die Vorlage zunächst den Stadtteilbeiräten vorzulegen, da es sich hier nicht um eine Angelegenheit für einzelne Stadtgebiete handelt, sondern um eine für das ganze Stadtgebiet Neumünster. Herr Schröder weist daraufhin, dass die alte Satzung weiterhin gilt, sofern den Stadtteilbeiräten zunächst die Straßenbaubeitragssatzung vorgelegt werden soll.

Ferner erkundigt sich Herr Schaarschmidt nach alternativen Modellen der Gebührenerhebung. Frau Spieler nennt hier die Möglichkeit der Erhebung sogenannter „Wiederkehrender Beiträge“. In einigen Kommunen wurde jedoch festgestellt, dass eine Umstellung auf diese Art der Gebührenerhebung erhebliche Probleme verursacht.

Weitere Fragen von Ausschussmitgliedern werden von Frau Spieler beantwortet.

Frau Krebs stellt folgenden Änderungsantrag: „Vor Beschlussfassung in der Ratsversammlung ist den Stadtteilbeiräten die Möglichkeit der Vorstellung der Straßenbaubeitragssatzung einzuräumen.“

Herr Hahn lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Dem Änderungsantrag wird mit 4 Ja – Stimmen, 3 Nein – Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Abschließend wird über die Vorlage in ergänzter Form abgestimmt. Diese wird mit 7 Ja - Stimmen, Keiner Nein – Stimme und 1 Enthaltung beschlossen.

Beglaubigt:

Suhr

# Vorläufiger Auszug

## aus der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses vom 21.09.2016

### **22. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz**

**Vorlage: 0783/2013/DS**

#### **Beschluss:**

Die Vorlage wird geändert mit 6 Ja –Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

#### **Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

#### **Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 6  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

Der Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Schnittker das Wort. Dieser führt aus, dass nach Beschluss der Ratsversammlung die Bauverwaltung bei der Konzepterstellung des Neubaus der Grundschule an der Schwale nicht nur die energetische Sanierung, sondern auch den Bau einer Offenen Ganztagschule planerisch mit berücksichtigen soll. Die energetische Sanierung ist Grundlage des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, die Offene Ganztagschule hingegen ist nicht förderungsfähig und somit „on top“ zu sehen. Herr Schnittker erläutert, dass die Kosten sich auf 1.500 €/m<sup>2</sup> belaufen und die Kosten für das Hauptgebäude 4,61 Millionen Euro betragen. Die Offene Ganztagschule verursacht zudem Kosten in Höhe von 1 Million Euro.

Ziel der Verwaltung ist es, der Ratsversammlung und den Fachausschüssen Mitte Oktober einen Planungsentwurf vorzulegen. Es wird seitens der Bauverwaltung angestrebt, zwischenzeitlich eine Baugenehmigung zu beantragen.

Herr Schaarschmidt stellt Fragen zu den Kosten. Herr Schnittker weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein Konzept und geschätzte Kosten handelt.

Herr Hahn erfragt, ob es vergleichbare Neubauten gibt, die um die 1.500 €/ m<sup>2</sup> kosten. Dies bestätigt Herr Schnittker.

Des Weiteren beantwortet Herr Schnittker Fragen von Herrn Schröder bezüglich der Planung und der Kosten.

Herr Schröder stellt einen Änderungsantrag über den Herr Hahn abstimmen lässt.

Der Änderungsantrag ist der Anlage zu entnehmen.

Beglaubigt:

Suhr

# Vorläufiger Auszug

## aus der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Rechnungsprüfungsausschusses vom 21.09.2016

### **24. Neuorganisation der Schulkindbetreuung in Einfeld Vorlage: 0786/2013/DS**

#### **Beschluss:**

Die geänderte Vorlage wird einstimmig unter dem Vorbehalt der positiven Stellungnahme des Stadtteilbeirates Einfeld beschlossen.

#### **Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung**

#### **Abstimmungsergebnis:**

JA-Stimmen: 8  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Die Vorlage wurde im Schul-, Kultur- und Sportausschuss vertagt. In diesem bat Frau Weiß darum, dass das Konzept zunächst im Stadtteilbeirat Einfeld vorgestellt wird. Im Jugendhilfeausschuss hingegen wurde der TOP einstimmig beschlossen unter dem Vorbehalt der positiven Stellungnahme des Stadtteilbeirates Einfeld.

Auch der Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss lässt über die Vorlage unter Vorbehalt der positiven Stellungnahme des Stadtteilbeirates Einfeld abstimmen.

Beglaubigt:

Suhr